



KölnSPD
Hans-Jürgen-Wischnewski-Haus
Magnusstr. 18b
50672 Köln

fon 0221.92 59 81 0
fax 0221.92 59 81 50
mail ub.koeln@spd.de
web www.koelnspd.de

28. Mai 2015

Mitteilung für die Presse

Wirtschafts- und Logistikstandort Köln braucht verlässliche Rahmenbedingungen

Flughafen bereitet Planfeststellungsverfahren vor

Der Flughafen Köln/Bonn hat angekündigt, die seit einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom Dezember letzten Jahres unklare Genehmigungslage eines Flugzeug-Vorfelds für 6 Parkpositionen im Rahmen eines formalen Planfeststellungsverfahrens klären zu lassen. Das BVerwG hatte damals der Klage zweier Nachbarn des Flughafens stattgegeben und die weitere Nutzung des Vorfelds untersagt, weil die behördliche Genehmigung für Bau und Betrieb des Vorfelds aus dem Jahr 2007 unzureichend gewesen sei. Jochen Ott, Oberbürgermeisterkandidat der KölnSPD hält das vom Flughafen Köln/Bonn angestrebte Planfeststellungsverfahren für unerlässlich:

„Wir brauchen jetzt dringend Klarheit für den Wirtschaftsstandort Köln, den Flughafen und die Kölner Bürgerinnen und Bürger. Die Absicht des Flughafens, nun ein Planfeststellungsverfahren für diese Fläche in die Wege zu leiten, ist der richtige Schritt, um in dieser Frage Rechts- und Planungssicherheit herzustellen. Es geht nun um eine kluge Interessenabwägung. Zum einen gilt es, die Infrastruktur unserer Stadt weiter zu stärken, damit die Wirtschaft in Köln brummt. Für den Dienstleistungs- und Logistikstandort Köln ist der Flughafen eine tragende Säule. Gleichzeitig gilt es, die berechtigten Interessen der Bürger in die Entscheidungsfindung zu integrieren. Deshalb werde ich mich für ein konstruktives Bürgerbeteiligung einsetzen. Von einem starken Wirtschaftsstandort, der immer auch Arbeitsplätze schafft, profitieren am Ende alle.“

Nach Zusammenstellung der erforderlichen Unterlagen wird der Flughafen den Antrag auf Durchführung des Planfeststellungsverfahrens voraussichtlich Mitte 2016 beim Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen einreichen.

fdR Frank Mederlet (Gf KölnSPD)